

DVF befürwortet geänderte EU-Hafenverordnung

Hailer: Europäisches Parlament soll für fares Gesamtpaket bei Hafendiensten sorgen

Berlin, 7. März 2016 – „Das Europäische Parlament stimmt morgen über den geänderten Entwurf der Verordnung über den Zugang zu Hafendiensten ab. Wir hoffen auf ein positives Votum. Wichtig ist, dass die EU Rücksicht auf die unterschiedlichen Organisationsformen der europäischen Häfen nimmt. Mit den Änderungen, die der EP-Verkehrsausschuss vorschlägt, ist das gewährleistet. Ehe das Gesetzgebungsverfahren in Brüssel nun in die nächste Runde geht, muss die Europäische Kommission jedoch einen praktikablen Vorschlag für die hafenbezogenen Beihilfen vorlegen. Wir müssen wissen, wie das Gesamtergebnis aussieht“, sagt der Geschäftsführer des Mobilitätsverbands Deutsches Verkehrsforum (DVF), **Thomas Hailer**, im Vorfeld der Entscheidung.

Die ursprünglich von der EU-Kommission ins Spiel gebrachte Generalklausel zur Marktöffnung soll nach der Vorlage des EP-Verkehrsausschusses durch eine neue Klausel ersetzt werden. Diese soll einheitliche Mindestanforderungen für die Organisation von Hafendiensten regeln, so etwa Qualifikation und Verfügbarkeit von Diensten oder die Einhaltung geltender Arbeits- und Sozialstandards. Außerdem soll darin geregelt werden, unter welchen Voraussetzungen die Anzahl der zugelassenen Dienstleister begrenzt werden kann.

Die Umschlagsbetriebe bleiben von den Regelungen über den Marktzugang grundsätzlich ausgeschlossen. Dies hatte die EU-Kommission in ihrem Entwurf bereits so vorgesehen. Insgesamt wird in der vom EP-Verkehrsausschuss geänderten Fassung der Hafenverordnung das öffentliche Interesse an qualitativ guten Diensten stärker in den Vordergrund gerückt.

Einen kritischen Punkt sieht Hailer in der geplanten Einbeziehung von externen Kosten in die Hafengebühren: „Der Gesetzgeber muss sicherstellen, dass es bei der Umsetzung keine Wettbewerbsverzerrungen gibt. Die Anlastung externer Kosten muss von den Mitgliedstaaten einheitlich gehandhabt werden.“

Das Kapitel über die finanzielle Transparenz in den Häfen will der Ausschuss im Wesentlichen beibehalten. Die Empfänger und die Verwendung von öffentlichen Geldern müssen nachvollziehbar sein. Zudem ist eine Konsultation der Nutzer vorgeschrieben, die aber durch bestehende Gremien erfolgen kann, so dass unnötiger bürokratischer Aufwand vermieden wird.

Das **Deutsche Verkehrsforum** ist die einzige verkehrsträgerübergreifende Wirtschaftsvereinigung in Europa. Unsere rund 170 Mitgliedsunternehmen wollen die Verkehrsbedingungen verbessern sowie die Mobilität in Deutschland und Europa sichern.